

Werden Sie aktiv

Unterschreiben Sie bei der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP

Sie können mit Ihrer Unterschrift bei der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative (EBI) online gegen TTIP und das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) stimmen. Knapp zwei Millionen Menschen in Europa haben bereits unterschrieben.

Bis zum 6. Oktober 2015 können auch Sie sich beteiligen:

www.ttip-unfairhandelbar.de/start/ebi/

Fordern Sie die Unterstützung von Politikerinnen und Politikern ein

Im Bundestag und EU-Parlament sitzen Menschen, die gewählt wurden, um Ihre Interessen zu vertreten. Schreiben Sie deswegen zum Beispiel den Abgeordneten Ihres Wahlkreises und fordern Sie sie auf, sich im Bundestag oder im EU-Parlament gegen TTIP und für eine gerechte Handelspolitik einzusetzen.

Demonstrieren Sie mit

Für den Herbst stehen die Hauptverhandlungen für TTIP an. Für den 10. Oktober 2015 ist eine Großdemonstration in Berlin geplant. Seien Sie dabei. Mehr Informationen: www.attac.de/ttip

Informieren Sie sich und andere

TTIP geht uns alle an. Informationen und Publikationen zum geplanten Handelsabkommen und der Kritik von Brot für die Welt aus entwicklungspolitischer Sicht finden Sie hier:

Brot für die Welt Blog zu Handelspolitik:

info.brot-fuer-die-welt.de/thema/welthandel

Über uns

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst ist das weltweit tätige Hilfswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland. In mehr als 90 Ländern rund um den Globus befähigen wir arme und ausgegrenzte Menschen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Ernährungssicherung, die Förderung von Bildung und Gesundheit, der Zugang zu Wasser, die Stärkung der Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, die Sicherung des Friedens sowie die Bewahrung der Schöpfung.

Kontakt

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Tel +49 30 65211 1815
sven.hilbig@brot-fuer-die-welt.de

Herausgeber Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Redaktion Sven Hilbig, Maike Lukow, Thomas Sandner (V.i.S.d.P.)
Fotos Ulrike Schmidt, Campact (Titel), Sergej Seemann, fotolia.com
Layout und Satz Claudia Oly, Berlin **Druck** PFITZER GmbH & Co. KG, Renningen **Papier** 100 % Recycling-Papier **Art.Nr.** 129 700 270; Mai 2015

Ja zu einer nachhaltigen Handelspolitik – Nein zu TTIP



Mitglied der
actalliance

Brot
für die Welt

„Handel muss in erster Linie den Menschen dienen.“

(Mvume Dandala, Generalsekretär des All-Afrikanischen Kirchenrates)

Die geplante „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) widerspricht diesem Prinzip, denn

- TTIP droht die Armut im Süden zu verschärfen und die globale Schere zwischen Arm und Reich zu vergrößern. Exporte billiger Agrarprodukte aus der EU und den USA in die Entwicklungsländer werden zunehmen. Für lokale Produzenten im Globalen Süden ist das von Nachteil: Sie können mit den niedrigen Preisen nicht mithalten. Zugleich verschlechtern sich die Absatzchancen für ihre eigenen Produkte.
- Mit TTIP wollen EU und USA den Welthandel regeln, ohne die Schwellen- und Entwicklungsländer an dem Verhandlungsprozess zu beteiligen.
- TTIP privilegiert große Agrarkonzerne und diskriminiert die kleinbäuerliche Landwirtschaft Afrikas.
- Durch TTIP zählt vor allem der Preis der Waren. Die Qualität wird zweitrangig.
- TTIP ist weder ökologisch noch gerecht. Das Abkommen wird weltweit den Raubbau an Rohstoffen verstärken.
- TTIP schränkt politische Gestaltungsräume ein, indem notwendige Reformen für sozialen und ökologischen Wandel zu Handelshemmnissen erklärt werden.
- TTIP folgt einem Wachstumsmodell, das verantwortlich ist für die globale Erwärmung und den Rückgang der Artenvielfalt. Das widerspricht dem Prozess der Vereinten Nationen für globale Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (Post-2015-Agenda).

Handel muss gerecht sein



Bei TTIP geht es nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um ethische Fragen. Dass alle Menschen gleich und gerecht behandelt werden, ist eine der Kernideen der christlichen Ethik. Martin Luther bezeichnete das Handeln von Kaufleuten, die höchstmögliche Gewinne anstreben, ohne die sozialen Auswirkungen ihres Tuns zu beachten, als „Missbrauch“. In dieser Logik stehen Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards, die weltweit gültig sind.

Solche Prinzipien bedroht TTIP. Das Abkommen erklärt die Profite von Unternehmen und die Renditeerwartungen von Investoren zum höchsten Gut, dem sich alle anderen Rechte und Interessen unterordnen müssen. Dies widerspricht evangelischer Ethik ebenso wie dem EU-Vertrag. Im Lissabon-Vertrag (2009) hat sich die Europäische Union verpflichtet, ihr außenpolitisches Handeln so auszurichten, dass es den Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit nicht zuwiderläuft.

Mit anderen Worten: Handelspolitik und Armutsbekämpfung der EU müssen zusammenpassen. In den bisherigen Verhandlungen über TTIP spielen Entwicklungspolitik und die Frage weltweiter Gerechtigkeit jedoch keine Rolle. Im Gegenteil: EU und USA wollen unter sich die Welthandelsregeln für das 21. Jahrhundert entwerfen. TTIP untergräbt damit die Idee, den Welthandel gemeinsam, zum Wohle und unter Beteiligung aller zu gestalten.

Wie eine zukunftsfähige Handelspolitik aussieht

Handelsabkommen müssen menschenrechtskonform sein

„Do no harm!“ (Füge keinen Schaden zu!) – Diese Minimalregel gilt auch für den Handel. Alle Handelsabkommen müssen daraufhin überprüft werden, ob die beabsichtigte Liberalisierung die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte in anderen Staaten gefährdet.

Handelspolitik muss umweltverträglich sein

Damit Handel zum Motor für Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften werden kann, bedarf es hoher sozialer und ökologischer Standards. Die gezielte Förderung nachhaltiger Produktionsverfahren muss auch in Zukunft möglich bleiben und ausgeweitet werden.

Handel muss Ernährungssouveränität respektieren und Agrarökologie fördern

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft braucht ein faires Welthandelssystem, das die Interessen von Bäuerinnen und Bauern weltweit berücksichtigt, sowie Klima, Umwelt und biologische Vielfalt schützt.

Handelspolitik muss die globalen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen

Handelspolitik ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie dazu beiträgt, die globalen Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen.

TTIP widerspricht den Anforderungen an eine faire und nachhaltige Handelspolitik. Die Verhandlungen über TTIP müssen gestoppt werden, damit die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, sowie die Bewahrung der Schöpfung nicht unter die Räder einer verfehlten Handelspolitik geraten.